



# FINANCIAL TIMES

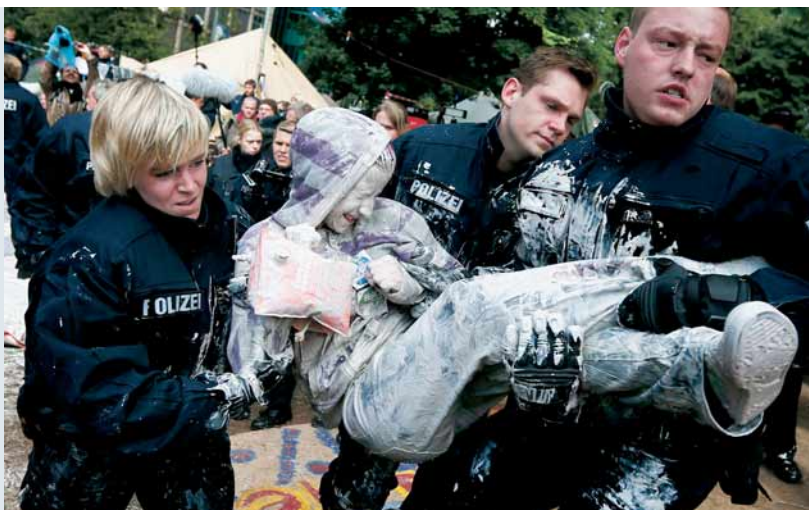
DEUTSCHLAND

Das Newsupdate der FTD · Mittwoch, 16. Mai 2012

**17:00 Uhr**

## Polizei trägt Blockupy auf Händen

Frankfurt im Ausnahmezustand: Um kurz vor 10 Uhr machte die Polizei heute Ernst und begann mit der Räumung des Blockupy-Camps vor der EZB. Mehrere hundert Demonstranten versuchten, dies mit einer Sitzblockade zu verhindern. Einige Aktivisten wehrten sich mit Farbbattacken gegen die Ordnungskräfte. In der Frankfurter Bankenwelt haben die Proteste den Terminkalender massiv durcheinander gebracht. *FTD*



FTD/Alex Kraus; Bloomberg; Reuters

DAX (Xetra)	S&P 500	Euro in Dollar
6391,40	1337,01	1,2732

Stand: 16 Uhr

## KOMMENTAR

### Schluss mit dem Gefühlstrip

Die Bundesliga brummt, sie bebt – und sie wirft immer mehr Geld ab. Jedes Jahr feiert die Deutsche Fußball Liga (DFL) neue Umsatzrekorde, neue Zuschauerrekorde, und zuletzt auch einen neuen Rekord beim Verkauf der Fernsehrechte. Antriebsstoff dieser Entwicklung ist die emotionale Überhöhung dieses Sports und seiner deutschen Top-Liga. Gerne wird der frühere Liverpool-Trainer Bill Shankly zitiert: „Es gibt Leute, die denken Fußball ist eine Frage von Leben und Tod. Ich kann ihnen versichern, dass es noch sehr viel ernster ist.“ Spätestens jetzt, nach den Vorfällen von Düsseldorf, hat sich gezeigt: Die Botschaft ist angekommen. Wenn auch anders als erhofft. Die DFL, die einzelnen Klubs und das Fernsehen vermarkten den Bundesliga-Fußball als Hort der ganz großen Gefühle. Taktische Finessen, gelungene Spielzüge – alles nicht so wichtig. Stattdessen exzentrisch jubelnde Spieler und ekstatische Fans, deprimierte Kicker und weinende Zuschauer, die Kameras gehen ganz nah ran. Diese Vermarktungsmasche hat eine Perfektion erreicht, um die das Ausland uns schon beneidet. Bei ihrer Berichterstattung zeigt auch das englische Fernsehen gerne solche Bilder, und aus dem Off röhrt der Kommentator: „This is pure emotion! This is the Bundesliga!“ Erstaunlicherweise erwarten Verband und Vereine in Deutschland, dass ihr Publikum bei aller emotionalen Aufwallung selbst wichtige Entscheidungen wie die über Auf- oder Abstieg ihres Klubs so gelassen betrachtet wie Zoobesucher ein neues Elefantembaby. Das kann auf Dauer nicht funktionieren, und wir wissen jetzt, es funktioniert auch nicht. Fußball-Deutschland sollte sich schnellstens entgiften. Sonst ist es bald vorbei mit der Erfolgsgeschichte Bundesliga. Dieses Milliardenunternehmen hat längst mehr als nur ein paar Kratzer abbekommen. Die jetzt beginnende Sommerpause sollte genutzt werden: zum Innehalten und Nachdenken. Zum Klarwerden darüber, was Fans sind und was Kunden – und wie dieser Unterschied überwunden werden kann. *Axel Kintzinger*

## ANGST VOR BANKENSTURM

# Griechen retten ihr Bargeld

**G**riechenland ist es nicht gelungen, eine neue Regierung zu bilden. Aus Angst vor dem Staatsbankrott beginnt die Bevölkerung, ihr Geld abzuheben. Ein „Bank Run“ würde die Institute des Landes in die Knie zwingen.

Rund 700 Mio. Euro hätte Menschen des Landes in den vergangenen Tagen von den Banken des Landes abgehoben, sagte Zentralbankchef Giorgos Provopoulos laut einem Redemanuskript. Staatspräsident Karolos Papoulias fürchtet, dass sich die Lage bis zu den am 17. Juni stattfindenden Neuwahlen

deutlich verschärft: „Provopoulos sagte mir, dass die Bevölkerung noch nicht in Panik ist, aber es grassiert große Angst und die könnte sich schnell in Panik auswachsen.“

Tatsächlich dürften die Geldhäuser des Landes einen „Bank Run“ kaum überstehen: Ihnen fehlen Milliarden an Eigenkapital – schuld daran ist vor allem der erzwungene Schuldenschnitt auf griechische Staatsanleihen. Der Anleihetausch hat allein die vier größten Banken NBG, EFG, Alpha und Piräus zusammen 28 Mrd. Euro gekostet. Das Risiko eines Ansturms auf die Banken

„ist ein sehr ernstes Problem“, sagte Yannis Ioannides, Volkswirtschaftsprofessor an der Tufts University in Massachusetts der Nachrichtenagentur Bloomberg. Die Europäische Zentralbank (EZB) müsse die Einlagen bei den Banken der Region garantieren, damit es nicht zu Ansteckungseffekten komme. Die EZB denkt derzeit offenbar gar nicht daran, im Gegenteil: Wie die niederländische Zeitung „Het Financieele Dagblad“ berichtet, reduziert sie die die Liquiditätshilfen für griechische Banken, weil deren Rekapitalisierung nicht vorankomme. *Tim Bartz*

## „AKTIONÄRSFRÜHLING“

# EU-Kommissar setzt Boni Grenzen

**E**s ist „Aktionärsfrühling“ – immer öfter begehren die Anteilseigner von Großkonzernen gegen die millienschweren Gehalts- und Bonuspakete der Topmanager auf. Nach EU-Kommissar Michel Barniers Vorstellungen sollen Aktionäre in Zukunft die Manager-Boni bestimmen.

Großbanken wie Citigroup, UBS und Barclays traf der Zorn der Aktionäre ebenso wie Industrieunternehmen. Beim britischen Zeitungsverleger Trinity Mirror sowie dem Pharmakonzern AstraZeneca kostete der Widerstand der Aktionäre gegen Gehaltspakete die jeweiligen Chefs sogar den Job.

Auf dieser Protestwelle will auch EU-Binnenmarktkommissar Michel Barnier reiten. Der Financial Times sagte der Franzose, die Aktionäre börsennotierter europäischer Unternehmen sollten auf den Hauptversammlungen sogar verbindlich über die Begrenzung der Boni von Führungskräften abstimmen können. Es sei denkbar, dass die Aktionäre künftig festlegen, wie hoch der individuelle Bonus eines Managers ausfallen darf. Mit der Begrenzung des variablen Vergütungsanteils am Gesamtgehalt soll Managern der Anreiz genommen werden, allzu hohe Geschäftsrisiken einzugehen. *Tim Bartz*

## NACH SKANDALSPIEL

# DFB will neuen Verhaltenskodex

**N**ach dem Skandalspiel von Düsseldorf haben der Deutsche Fußball-Bund und der Ligaverband eine neue Strategie im Kampf gegen Gewalt angekündigt.

„Grundsätzlich ist nach den Übergriffen dieser Saison ein Punkt erreicht, an dem neue Wege gegen Gewalt bei Fußballspielen gegangen werden müssen“, heißt es in einer von DFB-Präsident Wolfgang Niersbach unterschriebenen Erklärung. Noch vor der neuen Saison soll nun ein Verhaltenskodex entwickelt werden, der den Umgang zwischen Vereinen und Fans beschreibt. *dpa*

## LUFTFAHRTKONZERN

## Risse bremsen EADS-Wachstum



dpa Bildfunk/Etienne Laurent

Vor allem die Risse an den Flügeln des **Airbus 380** verursachen im ersten Quartal 2012 hohe Extrakosten für EADS

**A**irbus-Flugzeuge sind das Zugpferd: Bei EADS klettern Gewinn und Umsatz zu Jahresbeginn, Europas größter Luftfahrtkonzern will 2012 deutlich besser verdienen. Dabei gibt es schon im ersten Quartal Extrabelastungen.

Um das Problem mit den Rissen in den Flügeln des Riesenairbus A380 endgültig zu beheben, werden 158 Mio. Euro als Sonderbelastung gebucht. Bereits 2011 wurde der Gewinn wegen der Rissprobleme um 105 Mio. Euro gedrückt. Ohne die Extrakosten ist das Management für das Gesamtjahr noch zuversichtlicher als bisher. Wie es in dem heute vorgeleg-

ten Quartalsbericht heißt, soll im Gesamtjahr der Gewinn je Aktie vor Sondereffekten, von 1,39 Euro auf nunmehr über 1,85 Euro klettern.

Insgesamt buchte EADS im ersten Quartal ein Umsatzplus von 16 Prozent auf 11,4 Mrd. Euro. Unter dem Strich stand ein Minigewinn von 133 Mio. Euro nach 12 Mio. Euro Verlust im Vorjahr. Dabei verbuchten alle Sparten ein Umsatzplus. Airbus beispielsweise um 13 Prozent auf 7,91 Mrd. Euro, mit einem Anstieg des operativen Ergebnisses um 59 Prozent auf 183 Mio. Euro.

EADS profitierte im ersten Quartal von steigenden Auslieferungszahlen bei Zivilflugzeugen. Auch Boeing hatte seine

Prognose leicht angehoben. Der EADS-Konzern, der zum Monatsende vor einem Wechsel an der Konzernspitze steht, will künftig insgesamt besser verdienen. Das ist auch bitter nötig, 2011 entsprach das Nettoergebnis gerade einmal 2,1 Prozent des Umsatzes. US-Konkurrent Boeing ist viel renditestärker.

Bei seinen Jahresprognosen hält sich EADS immer eine Hintertür offen. So heißt es lediglich, dass sich das operative Ergebnis vor Sondereffekten von 1,79 Mrd. Euro auf über 2,5 Mrd. Euro verbessern soll. Derzeit größtes Risiko ist die Entwicklung des neuen Langstreckenmodells A350. *Gerhard Hegmann*

## VERKAUF AN BANK MACQUARIE

## Australier kaufen Eons Ruhrgas-Netz

**V**or zehn Jahren übernahm Eon trotz erheblichen Widerstands die Ruhrgas AG. Nun hat die Gastochter ausgedient. Das Netz geht für mehr als 3 Mrd. Euro an die australische Investmentbank Macquarie – für einen Finanzinvestor ein lukrativer Deal.

Zehn Jahre nach der spektakulären, vom damaligen Vorstandschef Ulrich Hartmann mit einer Ministererlaubnis gegen den heftigen Widerstand des Bundeskartellamts durchgedrückten Übernahme von Ruhrgas beginnt die Zerschlagung der Tochter. Während die Einkaufs- und Handelsabteilungen der Muttergesellschaft Eon zugeordnet werden, geht das 12 000 Kilometer lange Netz mit Macquarie an einen Finanzinvestor ohne strategische Interessen.

Das Leistungssystem, einst Kern des Ruhrgas-Konzerns, firmiert heute unter dem Namen Open Grid Europe (OGE). In der Aufbauphase der Erdgasimporte aus Russland spielte es seit den 70er Jahren eine Schlüsselrolle beim Aufbau eines deutschen Erdgasmarktes. Jahrzehntlang profitierte es von einer monopolistischen, später straff oligopolistischen Struktur des Importgeschäfts. Bei Marktanteilen von 80 Prozent lieferte Ruhrgas anfangs noch glänzende

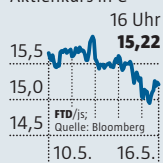
Gewinne von jährlich zeitweise mehr als 2 Mrd. Euro ab.

Staatliche Regulierung und die Kartellbehörden haben die Struktur aber in den letzten Jahren geknackt und zu einer durchgreifenden Modernisierung gezwungen. Dazu kommen Umwälzungen im Gasmarkt durch die neue Konkurrenz von unkonventionellem Erdgas wie Schiefer- oder Tongasvorkommen. Ruhrgas schreibt seit zwei Jahren Verluste. *Michael Gassmann*

## DATEN &amp; FAKTEN

## Eon

Aktienkurs in €



Seit September 2010 wird OGE, das mit rund 1600 Mitarbeitern als straff durchorganisiert gilt, als unabhängige Gesellschaft geführt.

Der reine Netzbetrieb von OGE mit staatlich vorgegebenen Renditen ist ein risikoarmes Geschäft, das überschaubare, aber sichere Gewinne abwirft – attraktiv für Finanzanleger wie Macquarie, die Alternativen zu den immer zweifelhafteren Staatsanleihen suchen.

## TELEKOM-PROZESS

## Die T-Aktie muss nach Karlsruhe

**D**er Streit um Kursverluste bei der Deutschen Telekom geht vor den Bundesgerichtshof. Nachdem die Kleinanleger im Frankfurter Anlegerschutzprozess um den dritten Börsengang des ehemaligen Staatsunternehmens heute in einem Musterprozess unterlagen, kündigte Anwalt Andreas Tilp umgehend den Gang nach Karlsruhe an.

Insgesamt fordern gut 17 000 Kleinanleger von der Telekom zusammen 80 Mio. Euro Schadenersatz, da sie aufgrund falscher Informationen die T-Aktie gekauft und dann Verluste erlitten hätten. In Frankfurt wurde exemplarisch über den Fall eines schwäbischen Pensionärs verhandelt, der 1,2 Mio. Euro fordert. Er hatte im Jahr 2000 einen Teil seiner Ersparnisse in die vermeintliche Volksaktie gesteckt, die bei den Börsengängen mit viel Prominenz beworben worden war.

Das Oberlandesgericht Frankfurt entschied in dem Musterprozess, der Börsenverkaufsprospekt aus dem Jahr 2000 habe keine Fehler enthalten, eine Forderung nach Schadenersatz sei daher nicht möglich. Die juristischen Auseinandersetzungen um die T-Aktie laufen schon seit elf Jahren. *Annette Berger*

## NEWS

**Facebook** Wegen der starken Nachfrage bietet das weltgrößte soziale Online-Netzwerk 25 Prozent mehr Aktien an als bislang geplant. Damit könnte die Erstemission (IPO) der Superlative am Freitag auf ein Volumen von bis zu 16 Mrd. Dollar kommen und in die Top Ten der größten IPOs vorstoßen. Demnach werden die Anteilsscheine in einer Spanne von je 34 bis 38 Dollar angeboten statt der zuvor vorgesehenen 28 bis 35 Dollar. An die Anleger gebracht werden sollen nun rund 421 Millionen Aktien, 84 Millionen mehr als bislang angestrebt. Zuckerberg bleibt auch nach dem IPO mit einem Stimmrechtsanteil von 57,5 Prozent Mehrheitseigner. *Reuters*

**Deutsche Bahn** Zum Fahrplanwechsel im Dezember kann der Konzern mit dem ersten längst überfälligen ICE 3 von Siemens rechnen. Dann sollen acht bis zehn von 16 bestellten Hochgeschwindigkeitszügen einsetzbar sein, wie Bundesverkehrsminister Peter Ramsauer (CSU) heute nach einem Spitzentreffen mit beiden Konzernen in Berlin sagte. Dies sei endlich Verstärkung für die Inlandsflotte, die vor allem im Winter mit häufigeren Störungen kaum Reserven hat. *dpa*

**ABN Amro** Der verstaatlichten niederländischen Bank machen erneut faule Kredite zu schaffen. Nach einem Gewinneinbruch zum Jahresauftakt rechnet es auch in den nächsten Quartalen mit einem Ergebnisrückgang. In den ersten drei Monaten sei der Überschuss um 17 Prozent auf 486 Mio. Euro gesunken. Hintergrund seien höhere Belastungen durch Problemkredite. Im vierten Quartal des Vorjahres hatten Abschreibungen auf griechische Kredite die drittgrößte Bank der Niederlande sogar in die roten Zahlen gedrückt. *Reuters*

**Puma** Das fränkische Unternehmen baut seine Aktivitäten in Israel um. Der Sportartikel-Hersteller teilte heute in Herzogenaurach mit, dort eine eigene Tochter gründen zu wollen, die ab Januar 2013 den operativen Betrieb übernehmen werde. Bis dahin werden die Produkte noch vom Lizenznehmer Grundman Sports vertrieben. Puma will ab 2013 eigene Stores eröffnen, was in der Regel höhere Margen bringt. Geschäftsführer wird Guy Daneman, der vom Branchenprimus Nike kommt. *Reuters*

**Lufthansa** Europas größte Fluggesellschaft liebäugelt nach ihrer Trennung von der britischen BMI mit der Übernahme von Portugals staatlicher Fluglinie TAP. Die TAP könne für die Lufthansa wegen ihrer Flüge nach Brasilien interessant sein. Portugals Regierung will die Fluggesellschaft noch in diesem Jahr privatisieren. Die portugiesische Fluglinie gehört wie die Lufthansa zum weltgrößten Luftfahrtbündnis Star Alliance. *dpa*

## INFLATION

## Energie treibt Preise in der Euro-Zone



Konsumenten in Europa müssen auch weiterhin mit hohen Preisen rechnen

**T**eure Energie hält die Inflation in der Euro-Zone hoch. Waren und Dienstleistungen kosteten im April durchschnittlich 2,6 Prozent mehr als vor einem Jahr, wie das Statistikamt Eurostat heute in Brüssel nach endgültigen Berechnungen mitteilte. Im März hatte die Inflationsrate mit 2,7 Prozent noch etwas höher gelegen. Der Harmonisierte Verbraucherpreisindex stieg um 0,5 Prozent.

Als Preistreiber fungierten vor allem Energie und Bekleidung. Die Europäische Zentralbank (EZB) sieht stabile Preise bei Werten von knapp unter zwei Prozent gewährleistet. Der EZB ist es seit Ende 2010 nicht mehr gelungen, ihr

Inflationsziel zu erreichen. Die Notenbank rechnet damit, dass die Teuerung erst Anfang 2013 unter die Schwelle von zwei Prozent sinken wird.

Vor kurzem lockerte die Bundesbank ihre harte Haltung in der Geldpolitik. Angesichts einer guten deutschen Konjunktur und kriselnder Volkswirtschaften in Südeuropa sind die Währungshüter bereit, eine höhere Inflationsrate als im Rest der Euro-Zone hinzunehmen. Mit ihrer Äußerung beugt sich die Bundesbank einem Konsens unter Ökonomen: Die Euro-Zone kann die Krise nur überwinden, wenn einerseits Länder wie Portugal und Spanien Preis- und Lohnsenkungen akzeptieren und so wettbewerbs-

fähiger werden. Andererseits müssen Wachstumsstaaten wie Deutschland vorübergehend höhere Geldentwertung dulden.

Bundesbank-Präsident Jens Weidmann stellt sich in Deutschland auf eine vorübergehend höhere Inflation ein. Angesichts der guten Wirtschaftsentwicklung und der niedrigen Arbeitslosigkeit könne das Land bei der Teuerung zeitweise über dem Durchschnitt liegen. Höhere Inflationsraten entstünden durch eine gute Konjunktur. Im Rat der Europäischen Zentralbank trete er konsequent für eine Geldwertstabilität im Euro-Raum ein.

Wolfgang Proissl/dpa/Reuters

## GERANGEL UM PARTEIVORSITZ

## Streit um Lafontaine zerreißt Linke

**W**egen des Führungsstreits droht der Linken die Spaltung. Mit seiner einseitigen Parteinarbeit für Oskar Lafontaine verschärft der Parteivorsitzende Klaus Ernst die Krise. Kontrahent Dietmar Bartsch hält unbeirrt an seiner Kandidatur fest.

Von Patt und Hängepartie ist nach der gemeinsamen Sitzung von Parteispitze und den Vorsitzenden der Landesverbände der Linke die Rede. Sie konnten sich nicht darauf verständigen, ob Dietmar Bartsch oder Oskar Lafontaine künftig die Partei führen soll. Nur der amtierende Vorsitzende Klaus Ernst will eine eindeutige Mehrheit für Lafontaine gesehen haben. Der frühere Parteichef sei auch der eindeutige Favorit der Basis. „Wenn wir die Mitglieder entscheiden lassen, würde dies eindeutig für Oskar Lafontaine ausgehen“, sagte Ernst dem Deutschlandfunk.

Mit seinem Eintreten für den Saarländer verschärft der Parteichef den Ost-West-Streit um den künftigen Vorsitzenden. Der Konflikt droht die Partei zu spalten, denn die Mehrheit der ostdeutschen Landesverbände ist für den aus Mecklenburg-Vorpommern stammenden stellvertretenden Vorsitzenden der Bundestagsfraktion, Bartsch. Die West-

verbände unterstützen Lafontaine, der für eine radikalere Linie steht.

Lafontaine will nur antreten, wenn es keinen Gegenkandidaten gibt. Bei einer Kampfabstimmung ist ihm offenbar das Risiko einer Niederlage zu groß, weil die Delegierten aus dem Osten beim Bundesparteitag im Juni die Mehrheit stellen werden.

Kai Beller



Oskar Lafontaine wäre für eine erneute Spitzenposition bereit

## UN-TRIBUNAL

## Prozess gegen Mladic beginnt

**V**or dem Haager Kriegsverbrechertribunal für das frühere Jugoslawien hat heute der Prozess gegen den ehemaligen Armeeführer der bosnischen Serben, Ratko Mladic, begonnen. Mladic werden Völkermord, Mord, Terrorakte und andere Verbrechen gegen die Menschlichkeit vorgeworfen.

Er muss sich für die schlimmsten Gräueltaten in Europa seit dem Zweiten Weltkrieg vor Gericht verantworten: Die Anklage wirft dem 70-jährigen Ex-General eine zentrale Rolle bei dem Massaker von Srebrenica 1995 und der jahrelangen Belagerung von Sarajevo während des Bosnien-Kriegs von 1992 bis 1995 vor.

Mladic droht im Falle einer Verurteilung eine lebenslange Haftstrafe. Angesichts seines fortgeschrittenen Alters fürchten viele Angehörige der Opfer, eine Strafe komme für den ehemaligen General wohl zu spät. Er steht als letzte Führungsfigur der bosnischen Serben aus der Zeit der Balkankriege vor Gericht, obwohl er 1995 als einer der ersten angeklagt wurde. Jahrelang lebte er unbehelligt in Belgrad und wurde erst im Mai 2011 im Norden Serbiens festgenommen.

Reuters

## NEWS

**Kriminalität** Erstmals seit sieben Jahren ist die Kriminalität in Deutschland wieder leicht angestiegen. Nach der heute vorgelegten „Polizeilichen Kriminalstatistik“ für 2011 wurden 5,99 Millionen Straftaten registriert, die Aufklärungsquote ging leicht zurück. Dies bedeutet einen Zuwachs um 1 Prozent im Vergleich zu 2010. Die neuesten Zahlen ändern aber nichts daran, dass langfristig ein deutlicher Rückgang der Kriminalität zu verzeichnen und die Aufklärungsquote angestiegen ist: Seit 1993 sind die erfassten Straftaten um 11,3 Prozent zurückgegangen. dpa

**Kolumbien** Bei einem Bombenanschlag gegen einen früheren Minister sind in der kolumbianischen Hauptstadt Bogotá dessen Fahrer und ein Leibwächter getötet worden. Ex-Innenminister Fernando Londoño überlebte. Er und 53 weitere Menschen seien bei der Detonation der Bombe gestern verletzt worden, teilten die Polizeibehörden mit. Zunächst bekannte sich niemand zu dem Anschlag. dpa

**Anschlag** Unbekannte haben in Potsdam einen Anschlag auf das Haus des Chefs der EU-Task-Force für Griechenland, Horst Reichenbach, verübt. Das Gebäude sei mit roter Farbe beschmiert und das Auto seiner Frau angezündet worden, sagte ein Polizeisprecher gestern abend. Die Ermittlungen deuteten auf eine politische Straftat hin. In einem Bekenner schreiben werde auf die Arbeit von Reichenbach Bezug genommen. Die EU-Expertengruppe unter Leitung des Deutschen unterstützt Griechenland bei der Umsetzung des mit den internationalen Geldgebern vereinbarten Sparkurses, der nicht nur im Land umstritten ist. FT

**Rücktritt in Italien** Zum zweiten Mal in diesem Jahr nimmt ein Staatssekretär der italienischen Experten-Regierung von Regierungschef Mario Monti seinen Hut. Der Staatssekretär im Justizministerium, Andrea Zoppini, sei zurückgetreten, nachdem er einen Ermittlungsbescheid bekommen hatte, berichteten italienische Medien heute. Es gehe um Beihilfe zur Steuerhinterziehung und Bilanzfälschung im Zusammenhang mit einer Firma für Heizungs- und Sanitäreinrichtungen. dpa

**Politikergehälter** Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) und ihre Kabinettsmitglieder bekommen erstmals seit zwölf Jahren deutlich mehr Geld. Kanzlerin, Minister und Parlamentarische Staatssekretäre erhalten nach einem heutigen Kabinettsbeschluss in drei Schritten bis August 2013 eine Gehaltsanhebung von insgesamt 5,7 Prozent. Für Merkel bedeutet das am Ende ein monatliches Plus von 930 Euro. Sie verdient derzeit inklusive der Abgeordnetendiäten knapp 290 000 Euro brutto im Jahr. dpa

NERVÖSES MARKTUMFELD

# Spaniens Renditen auf Rekordhoch



Reuters/Sergio Perez

Tageszeitung statt Torerohut: Für Händler an der Madrider Börse sind die panikartigen Verkäufe ein rotes Tuch

**D**as Griechenland-Drama macht die Finanzmärkte zunehmend nervöser. Spanien muss am Anleihemarkt so hohe Zinsen zahlen wie nie zuvor, an der Madrider Börse kommt es zu Panikverkäufen.

Für Spanien hat sich die Lage am Anleihemarkt erneut drastisch verschlechtert. Die Rendite für Anleihen mit einer Laufzeit von zehn Jahren stieg heute von 6,322 auf 6,508 Prozent. Damit liegt der Risikoaufschlag zu deutschen Papieren, die immer noch als sehr sicher gelten, bei 5,07 Prozentpunkten – so hoch wie noch nie.

In Italien stieg die Rendite für zehnjährige Staatspapiere ebenfalls kräftig

an und durchbrach kurzzeitig die Sechszehn-Prozent-Marke. Die gilt als kritisch, weil eine dermaßen teure Staatsrefinanzierung auf Dauer nicht tragbar ist.

Hauptgrund für die neue Furcht der Anleger ist die brisante Lage in Griechenland, wo am 17. Juni abermals Neuwahlen mit höchst ungewissem Ausgang anstehen. Selbst ein Austritt Griechenlands aus dem Währungsraum – mit kaum vorhersehbaren Konsequenzen für das Land und die Euro-Zone – gilt als möglich.

Auch an den Aktienmärkten Europas werden die Anleger immer nervöser. „Das griechische Drama belastet die Märkte schwer“, sagte ein Händler in

London. An der Börse in Madrid kam es heute zum Handelstart zu panikartigen Verkäufen.

Bereits an den vergangenen Tagen hatte sich sowohl in Italien als auch in Spanien – die dritt- und viertgrößte Euro-Wirtschaft – die Lage am Anleihemarkt deutlich verschlechtert. In Italien stieg die Rendite im Zehnjahresbereich allein binnen Wochenfrist um fast 0,7 Prozentpunkte. Im Nachbarland Spanien legte sie seit vergangener Woche noch stärker um fast 0,8 Prozentpunkte zu. Im Gegensatz dazu sind Staatsanleihen aus Deutschland, die unter Anlegern als besonders sicher gelten, trotz niedriger Rendite stark gefragt. *FTD*

BÖRSEN EUROPA

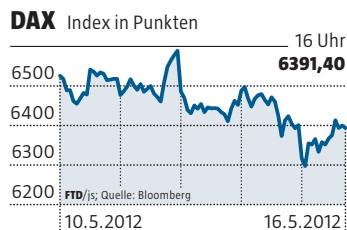
## DAX stoppt freien Fall

**N**ach zwei schwachen Tagen hat sich der DAX heute stabilisiert. Die Beruhigung an einigen Anleihemärkten ließ anfängliche Verluste bis zum Nachmittag wieder ausgleichen.

Der Leitindex schaffte zwischenzeitlich sogar den Dreh ins Plus und notierte zuletzt bei 6391 Punkte. Seit Ende der Vorwoche war das Kursbarometer zeitweise von der politischen Unsicherheit in Griechenland belastet um über vier Prozent auf den tiefsten Stand seit Januar abgerutscht.

Nach zwei sehr schwachen Tagen gelang den Finanzwerten eine Stabilisierung: Die Commerzbank-Papiere stiegen um 0,6 Prozent, die Aktien der Deutschen Bank lagen nur noch mit

0,1 Prozent im Minus. ThyssenKrupp sanken als schwächster DAX-Wert um 2,5 Prozent. Größter Gewinner waren die Papiere der Deutschen Börse mit plus 2 Prozent. Der Börsenbetreiber hat seine Jahresprognosen für 2012 bekräftigt. Für die Metro-Aktien ging es um 1,3 Prozent nach oben. *dpa*



ROHSTOFFE

## Goldpreis fällt auf Vier-Monats-Tief

**D**ie Verunsicherung über die weitere Entwicklung der europäischen Schuldenkrise hat den Edelmetallen heute zugesetzt.

Der Goldpreis fiel um 0,8 Prozent auf 1532,09 Dollar je Feinunze. Kupfer verbilligte sich um 1 Prozent auf 7684 Dollar je Tonne. Damit waren beide jeweils so billig wie zuletzt im Januar. Bei Kupfer drückte zudem die Furcht vor einer rückläufigen Nachfrage aus China auf die Stimmung, sagte Analystin Judy Zhu von Standard Chartered. Daher müsse bis zur Veröffentlichung weiterer Konjunkturdaten und einer möglichen Lockerung der chinesischen Geldpolitik mit Kursrückschlägen gerechnet werden. *dpa*

TOPS & FLOPS

DAX 30: 6391,40	-0,15
TOPS	Diff %
Deutsche Börse	+1,98
Metro	+1,27
Bayer	+0,74
HeidelbergCement	+0,65
Münchener Rück	+0,63
FLOPS	Diff %
ThyssenKrupp	-2,50
Volkswagen VZ	-1,46
Beiersdorf	-1,31
Deutsche Post	-1,26
Deutsche Telekom	-1,19
TecDAX: 760,38	-1,18
TOPS	Diff %
QSC	+2,85
Solarworld	+2,68
Drillisch	+0,67
Wirecard	+0,47
BB Biotech	+0,35
FLOPS	Diff %
Xing	-7,60
Singulus Technologies	-6,03
Kontron	-5,64
Carl Zeiss Meditec	-3,63
Dialog Semiconductor	-2,41
Dow Jones: 12665,57	+0,27
TOPS	Diff %
General Electric	+2,50
Bank of America	+1,64
Cisco	+1,63
JP Morgan Chase	+1,43
American Express	+0,60
FLOPS	Diff %
Intel	-1,00
Microsoft	-0,60
Chevron	-0,28
United Technologies	-0,22
Verizon Communications	+0,00
Nasdaq 100: 2584,34	+0,14
TOPS	Diff %
Expedia	+2,71
Ctrip.com International	+1,84
Research In Motion	+1,71
Cisco	+1,63
Fossil	+1,54
FLOPS	Diff %
Staples	-5,90
Lam Research	-4,62
KLA-Tencor	-3,51
Cognizant Techn. Solutions	-1,39
Infosys	-1,38
Stand 16.30 Uhr	

IMPRESSUM

**Verlag:** G+J Wirtschaftsmedien AG & Co. KG, Am Baumwall 11, D-20459 Hamburg  
**Verlagsgeschäftsführerin:** Ingrid M. Haas  
**Chefredaktion:** Steffen Klusmann  
**FTD-Service:** 01802 81 82 83  
 „Financial Times“, „Financial Times Deutschland“ and „FTD“ are registered trade marks of The Financial Times Limited and used under licence.

Vor der Investition steht die Information:  
[www.ftd.de/investor](http://www.ftd.de/investor)

Der Service für Investoren: Mitteilungen, Unternehmensdatenbank und Finanzterminkalender.